I. Original-Artikel.

Über die Besteuerung des Waldes.

Vom Gräflich Görzischen Oberförster Heinrich Weber zu Schlig.

(Nachdruck verboten.)

In einem Aufsatze über die im Großherzogtum Hessen vom 1. April 1901 ab an Stelle der seitherigen Grund-, Gewerbe- und Kapitalrenten-Steuer in Wirkung tretende Vermögenssteuer, veröffentlicht im vor-jährigen November-Heft dieses Blattes, kommt Herr Forstmeister Urich zum Schlusse auch kurz auf die Wald-Ertragssteuer zu sprechen und be-zeichnet es als wünschenswert, daß der von ihm dort angeregte Gegen-stand klargestellt werde.

Die Wichtigkeit der aufgeworfenen Frage, sowohl in theoretischer wie auch ganz besonders in praktischer Hinsicht, veranlaßt mich, der Auf-forderung des Herrn Verfassers jenes Artikels gemäß im Nachstehenden die Klarstellung des fraglichen Gegenstands zu versuchen.

Herr Forstmeister Urich sagt in dem genannten Artikel: „Ein be-kannter, sowohl für den aussehenden, wie jährlichen Betrieb geltender Lehrsatß der Bodenreinertragslehre lautet: Der täuschungsfreie Wald-reinertrag findet seinen Ausdruck in der Bodenrente.“ Weiter sagt Herr Forstmeister Urich, es bilde keine Streitfrage, daß bei dem aussehenden Betriebe der Reinertrag der Walbwirtschaft in der Bodenrente bestehe, dagegen sei die Annahme bestritten, daß der Besitzer eines im Nachhalt-betriebe stehenden Waldes als Reinertrag faktisch nur die von den ein-zelnen Beständen jeweilig produzierten Bodenrenten einheimse. Er fügt hinzu, daß, wenn letzteres thatsächlich der Fall sei, dann auch kon-sequenter- und gerechterweise von den im Nachhaltbetriebe stehenden Waldungen gerade so, wie von den im aussehenden Betriebe befindlichen, nicht die Waldrente sondern die Bodenrente zwecks Normierung der Waldertragssteuer herangezogen werden müßte. Weiter müßten aber auch pflichtgemäß die Besitzer von Waldungen mit jährlichem Betriebe

darüber aufzuklären sein, daß die Unterstellung, ihre Netto-Einnahme bestehe aus der Waldbrente, eine irrtümliche sei, und lediglich die Bodenrente das beststeuerbare Objekt abzugeben habe. Für diese Belehrung und Aufklärung, meint Herr Forstmeister Ulrich schließlich, würden die Waldbesitzer sicherlich recht dankbar sein.

Was zunächst die Ansicht des Herrn Forstmeister Ulrich betrifft, die Anhänger der Bodenreinertragslehre behaupteten, der Besitzer eines im Nachhaltbetriebe stehenden Waldes heimse als Reinertrag faktisch nur die von den einzelnen Beständen jeweilig produzierten Bodenrenten ein, so kann dieselbe nur in gewissem Sinne als richtig anerkannt werden, denn diese Lehre unterscheidet sehr genau zwischen Boden- und Waldbreinertrag. Als tatsächlich „eingeheimste“ Rente gilt auch dem Bodenreinertragsler die Waldbrente oder der sogenannte Waldbreinertrag, denn dieser stellt die Verzinsung des gesamten, in der Waldbwirtschaft angelegten Vermögens dar. Dagegen kann diese Rente nicht als ein Reinertrag im strengen — nationalökonomischen — Sinne des Worts bezeichnet werden, sie ist trotz des Abzugs der baren Ausgaben der Wirtschaft von den Bruttoerträgen kein wirklicher Reinertrag, sondern noch ein Rohertrag, an dem der Zins des stockenden Holzvorrats und, streng genommen, auch noch der Bodenzins in Abzug gebracht werden muß, um den eigentlichen Reinertrag der Waldbwirtschaft oder den Rein- oder Unternehmergewinn (Nugeseffekt) zu ermitteln. Die Rentabilität eines Betriebs findet ihren Ausdruck nur in demjenigen Reinertrage, an dem sämtliche Kosten und Kapitalzinsen abgezogen worden sind, und als solcher kann nur das in der Volkswirtschaftslehre allgemein mit „Unternehmergewinn“ bezeichnete Einkommen angesehen werden.

Wenn die Bodenreinertragslehre bei der Ermittlung der rentabelsten Bewirtschaftungsart eines gegebenen Waldes in der Regel nur die bei verschiedenen Untriebszeiten, Holz- und Betriebsarten, Kultur- und Durchforstungsmethoden erzielten Bodenreinerträge oder Bodenrenten mit einander vergleicht, so geschieht dies nur der Einfachheit halber, weil der Bodenwert als Kostenwert in solchen Fällen eine konstante Größe ist, und es demnach sich gleich bleibt, ob die Rente des Bodenerwartungswerts — der Bodenreinertrag — oder der Unternehmergewinn, gleich dem Bodenreinertrag minus der eigentlichen Bodenrente (Bodenkostenwert $\times 0,0 p$), berechnet wird. Das Resultat bleibt hierdurch unberührt.

Die vorerwähnte Unterstellung der Reinertragslehre bezieht sich somit nur auf ganz bestimmte Fälle, nämlich auf diejenigen, bei denen es sich um die Ermittlung der Rentabilität von Betrieben handelt, und es fragt sich daher, ob bei der Waldertragsbesteuerung oder, besser gesagt,

bei der Besteuerung des aus dem Walde gezogenen Einkommens diese Unterstellung berechtigt ist, oder ob es sich hier nicht um etwas ganz Anderes, von jenem Grundverschiedenes, handelt. Ist letzteres der Fall, so sind auch die von Herrn Forstmeister Ulrich auf jene Annahme gestützten Schlußfolgerungen hinfällig.

Zunächst muß bemerkt werden, daß Herr Forstmeister Ulrich von der Wald-Ertragssteuer spricht; offenbar ist aber nicht eine Ertragssteuer im gewöhnlichen, steuertechnischen Sinne gemeint, sondern die Einkommensteuer, denn für das Großherzogtum Hessen sind ja gerade sämtliche Ertragssteuern — Grund-, Gewerbe- und Kapitalrentensteuer — vom 1. April 1901 an aufgehoben, und an deren Stelle ist die Vermögenssteuer getreten. Neben dieser aber besteht als Hauptsteuer nur noch die Einkommensteuer, und letztere hat auch Herr Forstmeister Ulrich im Auge.

Die Besteuerung des Einkommens erstreckt sich auf das sämtliche Einkommen aus Arbeit und Vermögen, einerlei wie groß die wirkliche Arbeitskraft und wie groß das ein Einkommen abwerfende Vermögen ist. Wird eine Arbeitskraft nicht voll ausgenutzt oder wirft ein Vermögensobjekt nur geringen Zinsertrag ab, so drückt sich dies auch in der Höhe der Einkommensteuer aus, ebenso die hohe Verzinsung eines Vermögens und die ausgiebige Verwertung einer vorhandenen Arbeitskraft. Dem entgegengesetzt besteht bei der Vermögenssteuer der Grundsatz, sämtliche Vermögen in gleichem Maße zu treffen, einerlei ob dieselben hohe oder niedrige Zinsen (Erträge) abwerfen, ja sogar ob sie als tote Kapitalien zu betrachten sind, d. h. gar kein Einkommen liefern. Selbst Vermögensteile, die ein negatives Einkommen aufweisen, d. h. solche, die größere Aufwendungen zu ihrer Erhaltung erfordern, als sie Einnahmen abwerfen, werden von der gleichen Vermögenssteuer getroffen, wie die übrigen Vermögen oder Vermögensteile, weil man von der Ansicht ausgeht, daß die Besitzer oder Nutznießer derartiger Vermögensteile, wenn sie sich einen solchen Luxus gestatten, auch die Vermögenssteuer tragen können. Das Bestehen der Vermögenssteuer neben der Einkommensteuer entspringt der Absicht der Gesetzgebung, das sogenannte fundierte oder Besitzeinkommen stärker zu treffen als das Einkommen aus Arbeit.

Kehren wir nach dieser Absehwefung ins Gebiet der Vermögenssteuer zur Einkommensteuer zurück, so lautet also die hier zu stellende Frage: Ist für die Besteuerung des Ertrags bzw. Einkommens aus dem im Nachhaltbetriebe bewirtschafteten Walde der Bodenreinertrag oder der Walldreinertrag zu Grunde zu legen? Nach dem Vorgesagten kann die Antwort meines Erachtens nur lauten: Der Walldreinertrag, denn der flockende Vorrat des Waldes, der Holzvorrat, bildet doch einen Teil, und

zwar den bei weitem größten, des im Walde angelegten Vermögens, das Erträge abwirft. Wäre letzteres nicht der Fall, d. h. würde der Holzvorrat keine Erträge abwerfen, so könnte man keine Waldwirtschaft im Nachhaltbetriebe mit Vorteil betreiben; man müßte dann, aus finanziellen Gründen wenigstens, den Betrieb einer Nachhaltswaldwirtschaft aufgeben. Der Holzvorrat ist zur Erzielung eines jährlichen Waldertrags unbedingt nötig; ohne das Vorhandensein dieses Vermögensteils der Waldwirtschaft kann dieselbe als jährlicher Betrieb nicht bestehen. Der Holzvorrat des Waldes stellt für die Nachhaltswaldwirtschaft ein ebenso notwendiges Betriebskapital dar wie Gebäude, Maschinen und dergl. für andere Betriebe, und es wird doch wohl nicht bestritten werden können, daß letztere Kapitalien mit ihren faktischen Erträgen bei der Besteuerung des Einkommens herangezogen werden und gerechterweise herangezogen werden müssen. Die Einkommensteuer einer Person, die ihr Vermögen lediglich in Häusern angelegt hat, erstreckt sich ja gerade, abgesehen von dem Einkommen aus der Arbeit des Besitzers, zum weitaus größten Teile auf die Erträge aus den Häusern, denn die Bodenwerte machen doch nur den kleinsten Teil des Vermögens aus. Jedermann würde es für sinnlos halten, wenn ein Häuserbesitzer nur mit den Erträgen des nackten Bodens, mit der Bodenrente, zur Einkommensteuer herangezogen werden sollte. Warum soll nun bei der Waldwirtschaft der Ertrag des im stockenden Holzvorrat angelegten, größten Teils des Waldvermögens nicht zur Einkommensteuer herangezogen werden? Warum soll hier als Ausnahme allen anderen Betrieben gegenüber nur die Bodenrente der Besteuerung des Einkommens zu Grunde gelegt werden, obwohl, wenn man z. B. den Betrieb des Waldbesitzers mit dem des Hausbesitzers vergleicht, unbedingt zugegeben werden muß, daß der stockende Holzvorrat, die auf dem Boden stehenden Bestände, dort dieselbe Stelle einnehmen wie hier die Häuser, die auf dem Boden errichteten Gebäude? Auch beim landwirtschaftlichen Betriebe werden doch die Erträge aus der Viehzucht, sowie die Erträge, die aus der Anwendung von Maschinen und dergl. resultieren, zur Einkommensteuer herangezogen. Trotzdem kann man aber andererseits diese Erträge nicht ohne weiteres als Maß für die Rentabilität des Betriebs oder Betriebsteils ansehen. Hierbei kommen noch andere Erwägungen in Betracht, es müssen noch gewisse Abzüge an diesen Roherträgen gemacht werden, ebenso wie bei forstlichen Rentabilitätsrechnungen, wo der Zins des stockenden Holzvorrats in Abzug gebracht werden muß.

Jedermann hält es sonach für selbstverständlich, daß das Einkommen aus Häusern, aus dem Viehstande und aus allen anderen in den ver-

schiebenen, nicht forstlichen Betrieben angelegten Kapitalien von der Einkommen-Steuerung getroffen wird, und daß nur solche Aufwendungen in Abzug gebracht werden dürfen, die in den Steuergesetzen ausdrücklich genannt sind. Es liegt daher kein triftiger Grund vor, bei der im Nachhaltbetriebe stehenden Waldwirtschaft in anderer Weise zu verfahren. Außer den eigentlichen Produktionskosten des Betriebs, den „auf die Erhaltung des Einkommens verwendeten Ausgaben“, dürfen auf Grund der heftigen Steuergesetzgebung, wie auch derjenigen der übrigen deutschen Bundesstaaten, auch die Zinsen „erweislicher Schulden“ von den Roherträgen zur Ermittlung des steuerbaren Einkommens abgezogen werden. Lasten auf Häusern Schulden, sind z. B. Hypotheken auf dieselben eingetragen, so dürfen die zu zahlenden Zinsen dieser Schulden an dem Raueinkommen in Abzug gebracht werden, ebenso wie die auf einem Walde haftenden Schulden sowie der Wert der Berechtigungsabgaben vom Waldertrage abgezogen werden dürfen.

Die Vorschriften der Steuergesetze, beim Nachhaltbetriebe den sogenannten Walldreinertrag der Ermittlung des steuerbaren Einkommens zu Grunde zu legen, entsprechen somit vollständig den für andere Betriebe geltenden Bestimmungen, und keinem der Bodenreinertragslehre huldigenden Waldbesitzer oder Forstmanne wird es in den Sinn kommen, an den Staat oder die Gemeinden das Ansuchen zu richten, nur die Bodenrente als steuerbares Einkommensobjekt zu betrachten, denn es würde dies eine ungerechte Forderung anderen Besitzern gegenüber sein, deren Betriebskapitalien, insoweit sie positive Erträge abwerfen, ebenfalls zur Einkommensteuer herangezogen werden.

Da es nun nach der Meinung des Herrn Forstmeister Ulrich keine Streitfrage bildet, daß beim aussehkenden Betriebe die Besteuerung des Ertrags oder Einkommens auf der Grundlage der Bodenrente zu erfolgen habe, so wird man einwenden, die Besteuerung des aussehkenden Betriebs nach der Bodenrente und des Nachhaltbetriebs nach der Waldrente bilde einen Widerspruch gegenüber der Auffassung der Reinertragslehre, wonach eine Betriebsklasse lediglich als ein Komplex von Beständen anzusehen sei, von denen jeder Einzelne im aussehkenden Betriebe bewirtschaftet werde. Dieser Einwand ist meiner Ansicht nach entschieden berechtigt, denn wenn jener Grundsatz der Reinertragslehre richtig ist, so muß auch das Ganze ebenso hoch wie die einzelnen Teile insgesamt von der Steuer getroffen werden.

Daß ein Widerspruch darin liegt, den aussehkenden Betrieb mit der Bodenrente und den Nachhaltbetrieb mit der Waldrente zur Einkommensteuer heranzuziehen, geht klar und deutlich daraus hervor, daß ein

Waldkomplex, der eine normale Betriebsklasse bildet, dessen einzelne Teile — Altersstufen — aber verschiedenen Besitzern gehören, zur Einkommensteuer nur mit den Bodenrenten der einzelnen Besitzflächen herangezogen werden soll, während dieser gleiche Wald von dem Zeitpunkte an, von dem die einzelnen Besitzteile der Betriebsklasse in die Hand eines Einzigen übergehen, oder der ganze Komplex auf Grund einer Vereinbarung der Besitzer in gemeinschaftlichen Besitz und Betrieb derselben übergeht — etwa durch Gründung einer Waldgenossenschaft —, plötzlich mit der viel größeren Waldbrente von der Einkommensteuer getroffen werden soll. Es kann dies unmöglich richtig sein; das gleiche Objekt, die gleiche Einkommensquelle darf *ceteris paribus*, abgesehen z. B. von der etwa in Wirkung tretenden Progression des Steuerfußes, nicht verschieden hoch besteuert werden, je nachdem das Objekt einem oder mehreren Besitzern gehört. Es muß Gleichheit für beide Fälle herrschen, denn es liegt kein Grund vor, aus welchem ein vorhandenes Vermögensobjekt, das volkswirtschaftlich und vom Standpunkte des Steuerempfängers, des Staats oder der Gemeinde, betrachtet, im einen Falle die gleichen Erträge abwirft wie im anderen, in verschiedener Höhe von der Einkommensteuer getroffen werden soll, je nach den Besitzverhältnissen desselben.

Ich will versuchen, diesen Widerspruch, den auch Herr Professor Dr. Endres in seiner Abhandlung über „die Besteuerung des Waldes“ im Jahrgange 1899 dieses Blattes (9.—11. Heft) nicht beseitigt, im Nachstehenden zu lösen, bezw. untersuchen, ob die Besteuerung des aussetzenden Betriebs auf der Grundlage der Bodenrente eine gerechte, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende ist.

Werden einem Anlagekapitale alljährlich dessen Zinsen zugeschrieben, so müssen mit der Vergrößerung des Kapitals auch die höheren Zinsen besteuert werden. Legt der Besitzer eines Aekers z. B. den Pachtzins desselben, anstatt ihn zu verbrauchen, alljährlich bei einer Bank an, so muß er im I. Jahre lediglich die Bodenrente des Aekers versteuern, im II. Jahre außer dieser den Zins des erstjährigen, bei der Bank angelegten und dadurch zum Vermögensteil gewordenen Bodenertrags, im III. Jahre außer der Bodenrente den Zins der Bodenrente des I. und II. Jahres nebst dem Zinseszins des erstjährigen Ertrags, im IV. Jahre außer der Bodenrente den Zins des 3-jährigen Bodenertrags nebst Zinseszinsen, u. s. w. Ebenso muß es meines Erachtens beim forstlichen Betriebe sein. Im I. Jahre wird die Bodenrente und die Kulturkostenrente — $(B + c) \cdot 0,0p$ — versteuert werden müssen, im II. Jahre außer der Bodenrente der Zins der im Holzbestande — statt bei der Bank — zinstragend angelegten Kapitalien, nämlich der erstjährigen

Bodenrente, der Verwaltungskosten des I. Jahres und des Kulturkostennachwerts, d. h. des Bestandskostenwerts — Hk_1 —, im III. Jahre außer der Bodenrente der Zins der 2-jährigen Bodenrente z . — $Hk_2 \cdot 0,0p$ —, u. s. f. Mit anderen Worten: es muß gerechterweise die Bodenrente und die Rente des jeweiligen Bestandswerts der Einkommensteuer zu Grunde gelegt werden, d. h. die jeweilige Waldbrente. Diese Ansicht geht auch aus der einfachen Erwägung hervor, daß der Zins oder die Rente eines jeden Vermögens mit Einkommensteuer belegt werden muß. Der Zins eines 60-jährigen Bestandes besteht nun aber in der Bodenrente + der Bestandswerts-Rente = der Waldbrente; daher muß auch die jeweilige Waldbrente besteuert werden. Verzinst sich das Boden- und Bestandskapital nicht mehr zu p pSt., so soll, abgesehen von anderen Erwägungen, der Bestand nach der Reinertragslehre genutzt werden, er soll verschwinden und einem neuen Bestande Platz machen, der Boden- und Bestandskapital wieder zu p pSt. verzinst. Daß Boden und Holzbestand nicht alljährlich flüssigen Zinsertrag abwerfen, thut nichts zur Sache; es ist genau so, als wenn ein Kapitalist die Zinsen zum Kapital schreiben läßt, oder wenn der Landwirt den Bodenertrag verzinslich anlegt. Beide haben vorerst ebensowenig Genuß von ihren Zinsen wie der Waldbesitzer von dem Zuwachs seines Bestandes, trotzdem aber müssen sie die Zinsen dieser zu Kapital gewordenen Erträge im kommenden Jahre versteuern. Wenn man hiergegen einwenden sollte, der Kapitalist und Landwirt legten ihre Zinsertragnisse freiwillig als Kapital an, während der Waldbesitzer durch die Eigenart seines Betriebes hierzu gezwungen sei, so ist dem entgegenzuhalten, daß an der Thatsache selbst dadurch nichts geändert wird — das Sparen bleibt in beiden Fällen bestehen, wenn auch die Ursachen desselben verschieden sind —, und daß ferner der Waldbesitzer sein erspartes Vermögen, den Bestandswert, durch Verkauf jederzeit flüssig machen und dadurch zum Genuße desselben gelangen kann. Im Grunde genommen besteht also auch in diesem Punkte keine Verschiedenheit zwischen den genannten Fällen, wenigstens keine solche, die eine verschiedenartige Besteuerungsart rechtfertigen könnte.

Man wird weiter vielleicht einwenden, bei dieser Art der Besteuerung des aussehenden Betriebs würden die Erträge des Bodens immer aufs neue wieder besteuert, obwohl keine wirkliche Einnahme erfolge. Letzteres trifft allerdings zu, doch dem Kapitalisten, der seine Zinsertragnisse verzinslich anlegt, ergelbt es genau ebenso; auch dieser zieht, wenn er die Zinsen spart, keine wirkliche Einnahme aus seinem Kapitale. Die Behauptung aber, daß die Erträge des Bodens immer aufs neue wieder besteuert würden, entspricht nicht den tatsächlichen

Verhältnissen. Nicht die früheren Erträge selbst werden immer wieder zur Steuer herangezogen, sondern nur die Zinsen dieser Erträge. Letztere sind nach Ablauf des Jahres, in dem sie produziert und im Bestande aufgespeichert worden sind, keine Erträge mehr, sondern sie sind zum Kapital geworden, das Zinsen abwirft und abwerfen muß. Diese Zinsen aber müssen alljährlich aufs neue zur Einkommensteuer herangezogen werden. Durch die Besteuerung der Waldbrente wird immer nur der Ertrag des betreffenden Jahres von der Einkommensteuer getroffen; derselbe setzt sich aber zusammen aus der Bodenrente und der Bestandsrente, d. i. den Zinsen der früheren Erträge. Der Kapitalist, der seine Zinsen verzinslich anlegt, ist in der gleichen Lage wie der Besitzer eines im ausfegenden Betriebe stehenden Waldes. Auch hier werden die Zinsen der dem Stamm-Kapital zugeschriebenen Zinsen alljährlich aufs neue zur Einkommensteuer herangezogen. Und ist es bei dem jährlichen Forstbetriebe etwa anders? Setzt sich der alljährlich genutzte Abtriebsertrag nicht aus den Zinsen der einzelnen Bestände, den 1 bis u -jährigen Wertszuwachsgrößen, zusammen? Wird dort nicht jede einzelne Altersstufe vom 0 bis ($u - 1$)-jährigen Alter mit ihrem Zuwachs = Bodenrente + Bestandsrente alljährlich aufs neue zur Einkommensteuer herangezogen?

Ist der Besitzer einer Waldparzelle auf seinen jährlichen Bodenzins angewiesen, kann er die Zinsen nicht ansammeln — nicht sparen —, so ist er gezwungen, sich alljährlich ein Kapital im Werte der Bodenrente zc. zu leihen, und in folgedessen darf er bei der Einkommenbesteuerung nach gesetzlicher Vorschrift an der jeweiligen Waldbrente den Zins der kontrahierten Schuld, d. i. den Zins des jeweiligen Bestandswerts, in Abzug bringen. In Wirklichkeit versteuert er dann nur Waldbrente minus Bestandswertsrente = Bodenrente, gleichwie der den Bodenzins nicht verzinslich anlegende Landwirt und wie der Kapitalist, der seine Zinsen alljährlich verbraucht und deshalb nur mit dem Zinsenertrag des gleichbleibenden Kapitals zur Einkommensteuer herangezogen werden kann, welcher letzteres dem Bodenkapital des Landwirts und des Waldbesitzers entspricht. Der den Bodenzins zc. sparende Besitzer einer Waldparzelle muß aber ebenso wie der die Bodenrente sparende Landwirt den Zins der gesparten Zinsen, die Kapital geworden sind, versteuern. Könnte Ersterer alljährlich den Bodenzins zc. flüssig machen, so würde er im Falle des Sparens allmählich ein Kapital ansammeln, das jeweils gleich dem Bestandswert wäre. Den Zins dieses steigenden Geldkapitals müßte er alljährlich versteuern, und gerechterweise muß er deshalb auch die Rente des jeweiligen — steigenden — Bestandswerts versteuern.

Auch beim Nachhaltbetriebe wird, wenn der Besitzer desselben sich den Normalvorrat während der Dauer eines Umtriebs nur durch Zuhilfenahme von entsprechenden, jährlichen Anleihen hat heranziehen müssen, analog dem aussehenden Betriebe, der unter den gleichen Verhältnissen steht, nur die Bodenrente in Wirklichkeit zur Einkommensteuer herangezogen, denn der Besitzer darf von seiner Waldbrente $W \cdot 0,0p$ den Zins der kontrahierten Schuld $= N_v \cdot 0,0p$ in Abzug bringen; es bleibt sonach, da $W \cdot 0,0p = N_v \cdot 0,0p + B \cdot 0,0p$, auch hier nur $B \cdot 0,0p$ zu versteuern.

Um zu einer richtigen, keinen Widerspruch enthaltenden Ansicht über die Frage der Einkommenbesteuerung der Wälder zu gelangen, darf man meines Erachtens das Waldvermögen resp. dessen Rente nicht für sich betrachten, nicht von dem übrigen Vermögen bzw. Einkommen loslösen, sondern man muß das Einkommen aus dem Walde im Zusammenhange mit dem übrigen Einkommen, das Gesamteinkommen des Steuerpflichtigen, ins Auge fassen. Man wird dann folgerichtig zu der Ansicht kommen, daß die jeweilige Waldbrente der Einkommen-Steuerung zu Grunde zu legen ist, einerlei ob der Wald im aussehenden oder im Nachhaltbetriebe bewirtschaftet wird.

Hat der Besitzer des Waldes infolge jahrelangen Verzichts auf flüssige Renten aus seinem Walde Anleihen machen müssen, so drückt sich dieser Umstand in der Höhe seiner Schulden aus, deren Zinsen er von der jeweiligen Waldbrente abziehen darf.

Ein Widerspruch kann bei dieser Besteuerungsart zwischen aussehendem und jährlichem Betriebe nicht konstruiert werden. Sparen der Besitzer A eines im aussehenden Betriebe stehenden Waldes und der Besitzer B eines sich allmählich aufbauenden Nachhaltswaldes die Boden- und die jeweiligen Bestandswertrenten, oder, was dasselbe heißt, die um die jährlichen Verwaltungskosten verminderten Wertszuwächse ihrer Bestände, d. h. können beide Besitzer auf Einnahmen aus ihren Wäldern, ohne Geld anzuleihen, eine Reihe von Jahren — bis zum Eingang von Erträgen — verzichten, so müssen sie, weil sie zinstragendes Kapital ansammeln, die Waldbrenten versteuern. Sind sie aber nicht in der Lage, die Boden- und jeweiligen Bestandswertrenten ohne Zuhilfenahme von entsprechenden Anleihen bis zum Eingange von Erträgen in ihren Holzbeständen anzuhäufen, so dürfen sie Beide die Zinsen der infolgedessen gemachten Schulden in Abzug bringen; sie versteuern dann faktisch nur die Bodenrenten, denn die Schulden sind bis zur Höhe der jeweiligen Bestands- bzw. Vorratskostenwerte angewachsen. Zwischen diesen beiden Fällen lassen sich eine Unsumme von anderen Fällen denken; aber immer

wird man zu dem Resultat kommen: Die jeweilige Waldbrente ist zu versteuern, einerlei ob aussegender oder jährlicher Betrieb vorliegt, dagegen sind die Zinsen derjenigen Schulden, die die Waldwirtschaft etwa verursacht hat, ebenso wie andere Schuldzinsen des Steuerpflichtigen, in Abzug zu bringen.

Hiernach besteht ein Unterschied nur darin, ob Erträge als zinstragendes Kapital angelegt oder verbraucht werden. Dieser Unterschied besteht aber nicht nur für den forstlichen Betrieb, sondern für alle Betriebe und für alle Steuerpflichtigen gleichmäßig.

Daß es einfacher ist, wie Herr Professor Dr. Endres a. a. O. vorschlägt, den im aussegenden Betriebe stehenden Wald dann zur Einkommensteuer heranzuziehen, wenn thatsächlich Einnahmen erfolgen, also zur Zeit des Eingangs von Durchforstungs- und Abtriebserträgen, unterliegt keinem Zweifel. Dagegen wird der Widerspruch, der den Anhängern der Reinertragslehre bezüglich der Besteuerung des aussegenden und Nachhaltbetriebs vorgeworfen wird, hierdurch nicht gelöst, denn diese Besteuerungsart kommt, wie Herr Professor Dr. Endres am Schlusse seiner Ausführungen über die Einkommensteuer a. a. O. selbst hervorhebt, der Besteuerung der Bodenrente vollkommen gleich. Es ist ganz einerlei, ob der Waldbesitzer alljährlich die Bodenrente versteuert oder die in Zwischenräumen eingehenden Durchforstungs- und Abtriebserträge. Der Unterschied zwischen dem Vorschlage des Herrn Professor Dr. Endres und dem meinigen besteht darin, daß dort die einzelnen Wertszuwächse erst am Ende der Umtriebszeit im Haubarkeitsertrage besteuert werden — von den Durchforstungserträgen soll der Einfachheit halber abgesehen werden —, während ich die einzelnen Wertszuwächse in den Jahren, in denen sie produziert werden, besteuert wissen möchte. Herr Professor Dr. Endres kommt infolgedessen zur Besteuerung der Bodenrente, während ich zur Besteuerung der Boden- + der jeweiligen Bestandsrente = der jeweiligen Waldbrente gelange. Da es nun nach Vorstehendem meiner Ansicht nach nicht richtig ist, die Einkommenbesteuerung beim aussegenden Betriebe auf die Bodenrente zu basieren, so kann ich es auch nicht für richtig halten, die Erträge zur Zeit ihres Eingangs zu versteuern. Mit Recht ließe sich auch in diesem Falle behaupten, die Reinertragslehre widerspreche sich hinsichtlich ihrer Grundsätze für die Besteuerung des aussegenden und jährlichen Betriebs.

Die Frage, ob es richtig und gerecht ist, bei der Forstgrundsteuer, die eine Ertragssteuer ist, und bei der die Schuldzinsen nicht in Abzug gebracht zu werden pflegen, die Bodenrente des aussegenden Betriebs zu besteuern, läßt sich nicht allgemein beantworten. Im einen Falle ist es

gerecht, im anderen ungerecht. Es hängt dies davon ab, ob der betreffende Steuerpflichtige spart oder nicht spart. Jedenfalls bleibt, wenn der aussetzende Betrieb allgemein nur mit der Bodenrente zur Grundsteuer herangezogen wird, der Widerspruch zwischen aussetzendem und jährlichem Betriebe bestehen, und das sollte nicht sein. Ich neige deshalb auch hinsichtlich der Ertragssteuer der Ansicht zu, daß es theoretisch richtiger und gerechter wäre, bei dem aussetzenden Betriebe — in gewissem Sinne analog dem jährlichen Betriebe — die Erträge schon in den Jahren zu besteuern, in denen sie produziert werden. Es käme dies der Besteuerung der jeweiligen Waldbrente gleich. Als Korrektiv müßte dann allerdings der Abzug der durch das Nichtflüssigmachen der Erträge etwa hervorgerufenen Schuldzinsen gestattet sein. Ich gebe zu, daß diese Auffassung mit der allgemeinen Ansicht über die Grundsteuer, die unveränderlich sein soll, nicht übereinstimmt. Sie ist es aber, die dazu geführt hat, daß man mehr und mehr von dem ungerechten Grundsteuersystem abkommt, und zum Einkommensteuersystem in Verbindung mit der Vermögensbesteuerung übergeht.

Soll die Einkommensteuer aber nicht ungerecht wirken, so dürfen zwischen verschiedenen Betrieben und speziell zwischen dem aussetzenden und jährlichen Betriebe der Waldwirtschaft keine prinzipiellen Unterschiede in der Besteuerungsart bestehen. Dies wird meines Erachtens dadurch vermieden, daß die beiden forstlichen Betriebsarten mit der jeweiligen Waldbrente zur Einkommensteuer herangezogen werden. Durch diese Besteuerung, die auch als Besteuerung der um die jährlichen Verwaltungskosten verminderten jeweiligen Wertszuwächse bezeichnet werden kann, wird der aussetzende Betrieb genau ebenso von der Einkommensteuer getroffen wie der jährliche Betrieb, und der forstliche Betrieb allgemein wird in gleicher Weise besteuert wie andere Betriebe, die unter den gleichen Verhältnissen wie jener stehen.

Die Härte, die in gewissem Sinne darin besteht, daß der „sparende“ Besitzer eines im aussetzenden Betriebe bewirtschafteten Waldes Steuern bezahlen muß zu einer Zeit, zu der er noch keine Einnahmen aus seinem Walde erzielt, bleibt allerdings bestehen, aber dies ist auch der Fall bei dem Kapitalisten und anderen Besitzern, die die Erträge ihrer Kapitalien, mögen letztere nun in Wertpapieren, landwirtschaftlich benutztem Grund und Boden, Häusern oder anderen Erträge abwerfenden Gütern bestehen, zinstragend anlegen und sich somit in denselben Verhältnissen befinden wie der die jährlichen Wertszuwächse anhäufende Waldbesitzer. Für sie alle besteht die gleiche Härte, und deshalb kann dieser Besteuerungsart der Vorwurf, daß sie ungerecht sei, wohl nicht gemacht werden. Sie ist eine

Folge des Sparens, das stets den nicht zu vermeidenden kleinen Nachteil für den Sparenden hat, daß er mehr Steuern zahlen muß als derjenige, der nicht spart, sondern seine Erträge verbraucht. In letzterer Hinsicht befinden sich sämtliche Besitzer wieder in gleicher Lage, d. h. der entsprechende Anleiher aufnehmende Waldbesitzer, der seine Bodenrenten alljährlich verbrauchende Landwirt sowie der den Kapitalzins verzehrende Kapitalist werden sämtlich von jener Härte nicht getroffen. Warum? Weil sie nicht sparen und deshalb nicht reicher werden. — Ein Vorschlag, die Besteuerung des aussetzenden Betriebs gleich derjenigen des jährlichen Betriebs auf die Waldbrente zu basieren, wurde zwar schon im 1. Heft des Jahrgangs 1884 dieser Zeitschrift von Herrn Oberförster, jetzt Oberforstmeister Schnittspahn gemacht; doch ist derselbe keineswegs identisch mit dem vorstehend von mir gemachten Vorschlage, die jeweilige Waldbrente oder die um die Verwaltungskosten verminderten Wertzuwächse zur Einkommensteuer heranzuziehen. Nach dem Vorschlage des Herrn Oberforstmeister Schnittspahn bleibt die Steuer vom Jahre der Bonitierung oder von dem Zeitpunkte der Einführung der Steuer an auf ewige Zeit, abgesehen von gesetzlichen Änderungen, die gleiche. Es geht dies deutlich aus dem Sage (S. 46 a. a. O.) hervor: „Dadurch, daß man bei dem aussetzenden Betriebe resp. der einzelnen Waldparzelle mit einer Altersstufe die Rente, welche diese Parzelle vom Jahre der Bonitierung an nach Maßgabe des Holzbestandes nachhaltig jährlich zu liefern verspricht, besteuert, wird das frühere oder spätere Eintreffen des Hauptertrags berücksichtigt und der Holzvorrat ebenfalls zur Besteuerung zugezogen.“ Bezüglich der Einkommensteuer, um die es sich hier handelt, und die in der Regel keine konstante Größe ist, sondern mit dem Einkommen selbst steigt und fällt, kann dieser Vorschlag aber nicht als allgemein richtig und gerecht anerkannt werden. Dieses Verfahren wirkt meines Erachtens nur dann gerecht, wenn der Besitzer einer Waldparzelle mit einer Altersstufe die jährliche Bodenrente verbraucht und infolgedessen sein Waldkapital im weiteren Sinne — die etwa auf den Waldbesitz aufgenommene Schuld mitberücksichtigt — stets auf gleicher Höhe erhält. Spart der Waldbesitzer aber die jährliche Bodenrente, so ist die Besteuerung nach dem Vorschlage des Herrn Oberforstmeister Schnittspahn eine zu niedrige. Ein Beispiel möge den Unterschied zwischen den beiden Vorschlägen klar machen: Angenommen, es besitzt jemand einen u-jährigen Bestand. Derselbe wird alsbald nach erfolgter Steuerveranlagung abgetrieben, und nach dem Vorschlage des Herrn Oberforstmeister Schnittspahn müßte der Besitzer die Rente des Waldwerts, d. i. die Bodenrente und den Zins des verzinslich anzulegenden Abtriebsertrags versteuern. Es wäre dies

aber nur dann richtig, wenn der Besitzer in Zukunft die Bodenrente verbrauchen, sie nicht wieder im Bestandswerte anhäufen würde, sondern alljährlich von dem zinstragend angelegten Abtriebsertrage nicht nur dessen Zins, sondern auch die Bodenrente und die Verwaltungskosten und außerdem zu Beginn der neuen Umtriebszeit die Kulturkosten entnähme. Das verbleibende Geldkapital und der neue Bestand würden sich dann jeweils zum Werte des Abtriebsertrags des genutzten Bestandes ergänzen; am Ende der nächsten Umtriebszeit würde wieder A_n als Bestandswert vorhanden sein, das angelegte Kapital — der Abtriebsertrag des genutzten Bestands — aber würde gerade aufgebraucht sein zur Erziehung des neuen, u -jährigen Bestands. Herr Oberforstmeister Schnittspahn unterstellt danach, daß bis zur Einführung der Steuer die Bodenrenten von dem Waldbesitzer gespart worden seien, während sie von da ab jährlich verbraucht werden, und das Waldvermögen im weiteren Sinne dadurch auf der gleichen Höhe gehalten wird. Würde letzteres nicht geschehen, sondern würden die Bodenrenten auch im kommenden Umtriebe verzinslich im Bestande angelegt werden, so müßte außer dem Zins des Abtriebsertrags und der Bodenrente auch noch die jeweilige Rente des neuen Bestands zur Einkommensteuer herangezogen werden. Da nun streng genommen der Abtriebsertrag des genutzten Bestands nicht mehr zum Waldvermögen gerechnet werden kann, sondern dem übrigen Vermögen des Waldbesitzers angehört, so bleibt für den Wald selbst nur die Besteuerung der Boden- und jeweiligen Bestandsrente bestehen.

Es darf indessen nicht unerwähnt bleiben, daß Herr Oberforstmeister Schnittspahn in seinem Artikel die Grundsteuer des Waldes behandelt, die abgesehen von einer etwaigen Veränderung des Steuerjahres oder einer Neuauftellung des Grundsteuerkatasters konstant sein muß, und bei welcher Schuldzinsen nicht abgezogen werden dürfen. In diesem Falle kann man sich meines Erachtens unter gewissen Umständen sehr wohl auf den Standpunkt des Herrn Oberforstmeister Schnittspahn stellen, und ich kann mich dem Urteile des Herrn Professor Dr. Endres, der das Verfahren des Herrn Oberforstmeister Schnittspahn unbedingt für unrichtig hält, nicht anschließen. Unter der Annahme nämlich, daß der zur Zeit der Bonitierung oder bei Einführung der Steuer vorhandene Bestandswert ein gespartes Vermögen darstellt, und unter der weiteren Unterstellung, daß die zukünftigen Bodenrenten verbraucht werden, ist die Besteuerung der Rente des zur Zeit der Bonitierung vorhandenen Waldwerts eine gerechte. Ist dagegen der Bestandswert nicht als gespartes Vermögen zu betrachten, sondern wurde infolge des Besitzes der Waldparzelle eine Schuld in der Höhe des jeweiligen Bestandswerts kontrahiert, so hat, da

Schuldzinsen bei der Grundsteuer nicht abgezogen werden dürfen, meines Erachtens Herr Professor Dr. Endres Recht, wenn er nur die Bodenrente besteuert wissen will, denn es stehen dann dem Ertrage des Walbwerts, dem fundierten Einkommen, die Zinsen der kontrahierten Schuld in Höhe der Bestandsrentenrente, gleichsam als negatives, fundiertes Einkommen gegenüber, so daß als faktisches, fundiertes Einkommen nur die Bodenrente angesehen werden kann.

Alle Erwägungen laufen, wie man sieht, schließlich auf die Frage hinaus, ob der Besitzer einer im ausföhenden Betriebe bewirtschafteten Waldparzelle die Bodenrente spart oder verbraucht, und man darf, wie oben schon betont, um eine richtige Ansicht über die Waldbbesteuerung zu gewinnen, das Waldvermögen und das Einkommen aus demselben nicht für sich betrachten, sondern im Zusammenhange mit dem übrigen Vermögen und Einkommen des Steuerpflichtigen.

Mein Vorschlag, die jeweilige Waldbrente zu besteuern, stimmt überein mit dem in der IV. Auflage der G. Heyer'schen Waldwertrechnung vorgeschlagenen Verfahren, jedoch mit dem Unterschiede, daß ich diesen Vorschlag nur für die Einkommensteuer mache und denselben nur bei Anwendung auf letztere unter allen Umständen für richtig und gerecht halte, während in jenem Werke die Besteuerung der jeweiligen Waldbrente für die Grundsteuer in Vorschlag gebracht und bezüglich dieser für grundsätzlich richtig gehalten wird. Bei der Grundsteuer aber kann meines Erachtens je nach den vorliegenden Verhältnissen die Besteuerung der Bodenrente oder der jeweiligen Waldbrente oder der Rente des zur Zeit der Steuerveranlagung vorhandenen Walbwerts die richtige sein. Es hängt dies, wie schon mehrfach erwähnt, davon ab, ob und in welcher Weise der Waldbesitzer spart oder die Erträge seines Waldes verbraucht. Die Grundsteuer kann aber natürlich wegen ihrer Unveränderlichkeit den verschiedenen Verhältnissen nicht sämtlich Rechnung tragen, und aus diesem Grunde muß sie unter allen Umständen ungerecht wirken.

Zwei etwaigen Einwänden, die gemacht werden könnten, möchte ich noch begegnen. Das erste Bedenken könnte sich auf den Umstand gründen, daß infolge der bei der Einkommensteuer bestehenden Progression des Steuerfußes der Besitzer des im ausföhenden Betriebe bewirtschafteten Waldes zu stark von der Steuer getroffen werde zu einer Zeit, zu der er noch gar kein Einkommen aus seinem Walde bezieht. Ein zweiter Einwand könnte in dem Sinne geltend gemacht werden, daß der Besitzer eines im ausföhenden Betriebe stehenden Waldes, der nicht in der Lage ist, auf die jährliche Bodenrente zu verzichten und außerdem noch die jährlichen Verwaltungskosten und den Zins für die ausgelegten

Kulturkosten aus seiner Tasche zu bestreiten, und der deshalb sich zur jährlichen Aufnahme einer entsprechenden Anleihe — B. 0,0p + c. 0,0p + v — gezwungen sieht, einen höheren Zinsfuß für die aufgenommenen Kapitalien zahlen müsse als sein Wald ihm einbringe.

Dem ersten Einwande gegenüber werfe ich die Frage auf: Wird der sparende Kapitalist anders behandelt? Wird sein steigendes Einkommen, von dem er ebensowenig Genuß hat wie der zu Ersparnissen in gewissem Sinne gezwungene Waldbesitzer, weil er es immer wieder dem Kapitale zuschreiben läßt, nicht in gleichem Maße von der progressiven Einkommensteuer getroffen? Wer spart, muß eben auch die geringen Nachteile tragen, die das Sparen mit sich bringt. Das ist die Absicht sämtlicher neueren Steuergesetze, die die Steuerpflichtigen nicht in gleichem Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit — proportionale Besteuerung —, sondern in nach oben steigendem Verhältnis treffen wollen, um der allzu großen Ansammlung des Kapitals in einzelnen Händen einigermaßen entgegenzuwirken. Überdies steht es dem Waldbesitzer ja frei, durch Aufnahme entsprechender Anleihen die Wirkung der Progression der Steuer aufzuheben, gleich wie es dem Kapitalisten nicht verwehrt ist, die Zinsen seines Kapitals zu verbrauchen und dadurch sein Einkommen auf derselben Höhe zu halten.

In viel höherem Maße tritt übrigens diese Wirkung der progressiven Einkommensteuer bei der von Herrn Professor Dr. Endres a. a. O. vorgeschlagenen Besteuerung der Einnahmen zur Zeit ihres faktischen Eingangs in die Erscheinung. Bei dieser Besteuerungsart wirkt die Progression, die Herr Professor Dr. Endres als eine bei dem aussetzenden Betriebe nicht zu beseitigende Härte bezeichnet, in der That ungerecht, denn außergewöhnlich hohe Einnahmen, wie z. B. die Abtriebserträge, die alle u Jahre wiederkehren und ein Erzeugnis von u Jahren darstellen, drücken die Einkommensteuer plötzlich infolge der das ganze Einkommen des Steuerpflichtigen treffenden Progression des Steuerfalles in einer Weise in die Höhe, die sich nicht rechtfertigen läßt. Die Wirkung dieser Besteuerungsart widerspricht dem wirklichen Gange des Sparens, dem plötzliches, starkes Steigen und Fallen nicht eigen sind. Nach dem Abtriebe des Bestandes steigt plötzlich die Einkommensteuer sehr stark und fällt alsbald wieder, da fortan höchstens der Zins des Abtriebsertrags zur Einkommensteuer herangezogen werden kann. Die Wirkung der Besteuerung der jeweiligen Waldbrente dagegen entspricht dem Gange des Sparens, sie ist eine naturgemäße. Die Steuer steigt hier ununterbrochen von der Begründung des Bestandes an bis zum Abtriebe und sinkt auch dann nicht, wenn der Besitzer weiter spart, d. h. den Abtriebsertrag nicht

verbraucht, sondern zinstragend anlegt oder Schulden damit bezahlt. Spart dagegen der Besitzer nicht, nimmt er also jährliche Anleihen auf, so bleibt die Steuer während des ganzen Umtriebs gleich — B. 0,0p —, bei der von Herrn Professor Dr. Endres vorgeschlagenen Besteuerungsart dagegen bezahlt der Waldbesitzer in diesem Falle nicht nur keine Steuer für seinen Wald, sondern er bekommt sogar eine Prämie für sein Nichtsparen, denn er darf den Zins der jeweiligen, kontrahierten Schuld (H. 0,0p) von seinem Einkommen abziehen. Auch hieraus geht meines Erachtens klar hervor, daß diese Besteuerungsart nicht die richtige sein kann, denn der Waldbesitzer müßte doch, auch wenn er die Bodenrente verbraucht, unter allen Umständen die Bodenrente alljährlich versteuern oder, abgesehen von den Durchforstungserträgen, am Ende der Umtriebszeit den Abtriebsertrag, weil das Bodenskapital ihm verbleibt und sich fortdauernd verzinst. Statt dessen versteuert er aber entweder nur die Bodenrente minus der jeweiligen Bestandswertrente (B. 0,0p — H. 0,0p), d. h. von dem Zeitpunkte an, in welchem der Bestandswert größer wird als der Bodenwert, bekommt er eine Prämie, oder er bezieht während der ganzen Umtriebszeit Prämien (H. 0,0p. Steuerfuß) und beim Abtriebe des Bestands versteuert er nur $A_n - A_n \cdot 0,0p$. In Summe hat er also — die beiden Besteuerungsarten ergeben denselben Steuerendwert — am Ende der Umtriebszeit nicht nur keine Steuer von seinem Walde bezahlt, sondern er hat sogar weniger bezahlt als er ohne den Besitz des Waldes hätte zahlen müssen, d. h. er hat eine Prämie bezogen.

Der zweite Einwand ist meines Erachtens der gewichtigste, der sich gegen die Besteuerung der jeweiligen Waldbrente vom theoretischen Standpunkte aus geltend machen und der sich auch nicht ganz mit Zahlen widerlegen läßt. Man kann demselben entgegenhalten, daß der niedrige, forstliche Zinsfuß mit dem höheren, landesüblichen in gewissem Sinne gleichwertig ist, infolge der bekannten, die Höhe des forstlichen Zinsfußes herabdrückenden Gründe. Beim Vergleich der Einnahmen aus Geldkapitalien und aus Waldvermögen, der Sicherheit beider und der Annehmlichkeiten, die mit beiden verknüpft sind, wird die Differenz zwischen forstlichem und landesüblichem Zinsfuß wohl ausgeglichen. Fraglich ist es aber, ob dieser Ausgleich schon während eines Umtriebs bezüglich der aufgenommenen Kapitalien erfolgt, d. h. ob am Ende des Umtriebs letztere nicht größer sind als der eingehende Abtriebsertrag. Ob z. B. die Holzpreise mit ihrer steigenden Tendenz in dem angenommenen Maße den Unterschied zwischen landesüblichem und forstlichem Zinsfuße verkleinern werden, kann nicht mit Bestimmtheit vorausgesagt werden, wenn es auch

nach den Preisstatistiken wahrscheinlich ist. Ob die übrigen den forstlichen Zinsfuß beeinflussenden Momente im angenommenen Sinne wirken, ist noch fraglicher. Doch sollte auch wirklich ein kleiner Unterschied zu ungunsten des Waldbesitzers am Ende der Umtriebszeit sich ergeben, so läßt sich dieser mit den Annehmlichkeiten des Waldbesitzes wohl rechtfertigen, und schließlich bleibt ja dem Waldbesitzer auch stets der Weg offen, seinen Wald zu verkaufen, um nicht Geld zu höherem Zinsfuße aufnehmen zu müssen, als der Wald ihm einbringt. Im übrigen wird der Fall, daß der Waldbesitzer des aussetzenden Betriebs sich infolge dieses Besitzes gezwungen sieht, Kapitalien aufzunehmen, nur selten vorkommen, und die Befürchtung, daß die jährlichen Anleihen in ihrem Nachwerte größer werden als die Erträge des Waldes, wird dazu beitragen, daß der Waldbesitzer keine Anleihen macht, sondern sich möglichst einschränkt und die Wertszunahme seines Waldes spart.

Die Ansicht des Herrn Professor Dr. Endres, daß die Besteuerung der jährlich erfolgenden Wertszunahme des aussetzenden Betriebs steuer-technisch undurchführbar sei, kann ich nicht teilen. Wie schon erwähnt, ist die Besteuerung der um die jährlichen Verwaltungskosten verminderten Wertszunahme gleichbedeutend mit der Besteuerung der jeweiligen Waldrente, denn der jährliche Wertszuwachs eines Bestandes ist gleich der Bodenrente + der Bestandsrentenrente + den jährlichen Verwaltungskosten $-(B + H + V) \cdot 0,0p$. Anstatt der Wertszunahme $-v$ kann man demnach die jeweilige Waldrente versteuern, und man hat daher nur nötig, den jeweiligen Waldwert zu ermitteln und dessen Zins zu berechnen, um den der Einkommensteuer zu Grunde zu legenden Betrag zu finden. Die periodische Ermittlung des Waldwerts bietet aber keine weiteren Schwierigkeiten und hat überdies in allen denjenigen Staaten, in denen die Vermögenssteuer neben der Einkommensteuer eingeführt ist, ohnehin zu erfolgen.

Zum Schlusse will ich noch kurz einen Punkt der Vermögensbesteuerung berühren, die vom 1. April 1901 an auch im Großherzogtum Hessen zur Einführung gelangt. Nach der hessischen Anweisung zur Vermögenssteuer-Deklaration soll der „gemeine Wert“ des Waldes von der Steuer getroffen werden. Auch nach dem preussischen Ergänzungsteuergesetz soll der gemeine Wert der einzelnen Vermögensteile der Steuerveranlagung zu Grunde gelegt werden. Die hessische Anweisung versteht unter dem gemeinen Wert den „Verkaufswert“. Auf die Frage, wie dieser Verkaufswert ermittelt wird oder werden sollte, will ich nicht eingehen, um den Rahmen dieses Artikels nicht zu überschreiten, dagegen

spreche ich bezüglich der Vermögens-Steuerung des aussehenden Betriebs meine Ansicht dahin aus, daß der jeweilige Waldwert zur Steuer herangezogen werden muß, und nicht, wie Herr Professor Dr. Endres es für allein richtig hält, nur der Bodenwert. Nicht das Bodenkapital allein ist „das Vermögen, welches ein, wenn auch zunächst nicht flüssiges Einkommen in Form der jährlichen Wertszuwachse gewährt“, sondern der Waldwert, denn die jährlichen Wertszuwachse setzen sich, abgesehen von den Verwaltungskosten, aus der Bodenrente und der Bestandswertrente zusammen; folglich sind auch der Bodenwert und der Bestandswert zusammen diejenigen Kapitalien, die der Vermögenssteuer unterworfen werden müssen. Der Bestandswert ist meiner Ansicht nach nicht nur ein Vermögen, das jederzeit flüssig gemacht werden kann, sondern er stellt auch ein Vermögen dar, das eine Nutzung bzw. eine Rente abwirft. Würde dies nicht der Fall sein, würde nur der Bodenwert und nicht auch der Bestandswert sich im Wertszuwachs verzinsen, so würde jede Waldbewirtschaft unrentabel sein. Der Bestandswert ist allerdings „die Summe von nichtbezogenen Nutzungen oder Renten, die bis zum Abtriebsalter im Wald aufgespeichert und dann auf einmal flüssig werden“, aber er ist nicht bloß die einfache Summe der Bodenrenten, sondern er enthält auch die Zinsen und Zinseszinsen von nicht genutzten Erträgen. Mit anderen Worten: er ist ein Kapital, das sich verzinst und verzinsen muß, wenn die Waldbewirtschaft nicht eine Verlustwirtschaft sein soll. Die nicht bezogene Rente, der Wertszuwachs des Bestands, ist nach Ablauf des Jahres, in dem er produziert wird, keine Rente, kein Ertrag mehr, sondern er ist zum Kapital geworden, das ebensoviel sich verzinsen muß wie jedes andere Kapital, speziell in diesem Falle ebenso wie das Bodenkapital. Das Urteil des Herrn Professor Dr. Endres, „daß nach Schnitzspahn wie nach Heyer die beim aussehenden Betriebe aufgespeicherten, jährlichen Erträge vom Jahre ihrer Entstehung ab bis zum Abtriebsalter immer wieder zur Steuer herangezogen werden, während jeder Ertrag nur einmal steuerpflichtig sein soll“, ist daher meines Erachtens kein „wohlbegründetes“ (S. 500 des 1899er und Seite 183 des 1900er Jahrgangs dieses Blattes). Nicht die Erträge der vorhergegangenen Jahre werden nach Heyer immer wieder aufs neue mitbesteuert, sondern nur der Ertrag des Steuerjahres — der Wertszuwachs des betreffenden Jahres —; die Erträge der Vorjahre sind nicht mehr als Erträge, sondern als Anlagekapital zu betrachten, das Erträge abwirft gleichwie das Bodenkapital, und das deshalb ebensoviel mit seinen Zinsen zur Steuer herangezogen werden muß wie das Bodenkapital.

Der Unterschied zwischen der Auffassung des Herrn Professor Dr.

Endres und der meinigen liegt bei der Vermögenssteuer sowohl wie bei der Einkommensteuer darin, daß Herr Professor Dr. Endres beim jährlichen Betriebe Boden- und Vorratskapital als Vermögen bezw. Einkommensquellen betrachtet, beim aussehenden Betriebe aber nur das Bodenskapital, während meine Auffassung dahin geht, daß zwischen dem aussehenden und dem Nachhaltbetriebe eine Verschiedenheit nicht besteht und nach den Grundsätzen der Reinertragslehre nicht bestehen darf, und daß wie beim jährlichen so auch beim aussehenden Forstbetriebe der jeweilige Waldwert dasjenige Vermögen ist, das jährliches Einkommen, jährliche Renten abwirft. Ich komme infolge dieser Auffassung zu der logischen Schlußfolgerung, daß sowohl beim aussehenden wie beim jährlichen Betriebe die Vermögenssteuer den Waldwert und die Einkommensteuer die Rente des Waldwerts, die Waldbrente, zur Grundlage haben muß.

Bemerkungen zu vorstehendem Artikel.

Von Professor Dr. Endres.

Im Einverständnis mit dem Herrn Verfasser übersandte mir die verehrliche Redaktion den vorstehenden Artikel über die Besteuerung des Waldes vor der Drucklegung, um zu den Ausführungen des Herrn Verfassers, die sich gegen den von mir in früheren Artikeln vertretenen Standpunkt richten, Stellung nehmen zu können. Ich thue dies in aller Kürze, da es mir unmöglich ist, auf die vielfach sich widersprechenden Darlegungen des Herrn Verfassers näher einzugehen. Wollte ich letzteres, dann müßte ich den größten Teil meiner früheren Artikel hier nochmals zum Abdruck bringen. Es seien daher nur folgende Punkte hervorgehoben.

1. Der Herr Verfasser führt in breitem Rahmen aus, daß der Nachhaltbetrieb zur Einkommensteuer nicht mit der Bodenrente, sondern nur mit der Waldbrente herangezogen werden könne. Meines Wissens hat noch niemand das Gegenteil behauptet. Alles, was der Herr Verfasser hier sagt, wäre nur der Grundsteuer gegenüber am Plage; diese soll nach der Meinung einzelner Schriftsteller auch beim Nachhaltbetriebe nur nach der Bodenrente erhoben werden. Auf diesem Standpunkte stehe ich bekanntlich nicht.¹⁾

Der Herr Verfasser verwechselt überhaupt wiederholt Grund- und Einkommensteuer.

¹⁾ Ich werde in einem der nächsten Hefte die Grundsteuer nochmals behandeln.